

Brüssel, den 23.11.2023
C(2023) 7870 final

DURCHFÜHRUNGSBESCHLUSS DER KOMMISSION

vom 23.11.2023

zur Finanzierung des Jahresaktionsplans 2023 für Bonaire

DURCHFÜHRUNGSBESCHLUSS DER KOMMISSION

vom 23.11.2023

zur Finanzierung des Jahresaktionsplans 2023 für Bonaire

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juli 2018 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union, zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1296/2013, (EU) Nr. 1301/2013, (EU) Nr. 1303/2013, (EU) Nr. 1304/2013, (EU) Nr. 1309/2013, (EU) Nr. 1316/2013, (EU) Nr. 223/2014, (EU) Nr. 283/2014 und des Beschlusses Nr. 541/2014/EU sowie zur Aufhebung der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012¹, insbesondere auf Artikel 110,

gestützt auf den Beschluss (EU) 2021/1764 des Rates vom 5. Oktober 2021 über die Assoziierung der überseeischen Länder und Gebiete mit der Europäischen Union einschließlich der Beziehungen zwischen der Europäischen Union einerseits und Grönland und dem Königreich Dänemark andererseits², insbesondere auf die Artikel 81 und 82, wonach Artikel 23 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2021/947 Anwendung findet,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Um die Durchführung der sektorbezogenen Budgethilfe für den Sektor Wasser- und Sanitärversorgung in Bonaire zu gewährleisten, muss ein jährlicher Finanzierungsbeschluss angenommen werden, der das Jahresarbeitsprogramm für 2023 darstellt. In Artikel 110 der Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046 (im Folgenden „Haushaltsordnung“) sind ausführliche Vorschriften für Finanzierungsbeschlüsse festgelegt.
- (2) Bei der geplanten Unterstützung sind die Bedingungen und Verfahren einzuhalten, die im Rahmen der nach Artikel 215 AEUV erlassenen restriktiven Maßnahmen³ festgelegt sind.
- (3) Die in diesem Beschluss vorgesehene Maßnahme sollte im Einklang mit der Mitteilung der Kommission „Der europäische Grüne Deal“⁴ und der Interinstitutionellen Vereinbarung vom 16. Dezember 2020 zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat der Europäischen Union und der Europäischen Kommission über die Haushaltsdisziplin, die Zusammenarbeit im Haushaltsbereich und die wirtschaftliche Haushaltsführung sowie über neue Eigenmittel, einschließlich eines Fahrplans im Hinblick auf die Einführung neuer Eigenmittel⁵, zur durchgängigen Berücksichtigung des Klimaschutzes und der biologischen Vielfalt beitragen.

¹ ABl. L 193 vom 30.7.2018, S. 1.

² ABl. L 355 vom 7.10.2021, S. 6.

³ www.sanctionsmap.eu. Die Weltkarte der Sanktionen ist ein IT-Tool für die Erfassung von Sanktionsregelungen. Die Sanktionen beruhen auf den im Amtsblatt veröffentlichten Rechtsakten. Bei Abweichungen ist das Amtsblatt maßgebend.

⁴ COM(2019) 640 final vom 11. Dezember 2019.

⁵ ABl. L 433I vom 22.12.2020, S. 28.

- (4) Die Kommission hat das Mehrjahresrichtprogramm für Bonaire für den Zeitraum 2021-2027⁶ angenommen, in dem die folgende Priorität genannt wird: Wasser- und Sanitärversorgung.
- (5) Mit dem Jahresaktionsplan, der gemäß dem Beschluss (EU) 2021/1764 zu finanzieren ist, soll – wie auch im Mehrjahresrichtprogramm (MRP) dargelegt – ein Beitrag zur Resilienz und zum ökologischen Wandel in Bonaire geleistet werden.
- (6) Die Maßnahme mit dem Titel „Sektorbezogene Budgethilfe für den Sektor Wasser- und Sanitärversorgung in Bonaire“ zielt darauf ab, die Umsetzung der im Plan für Natur- und Umweltschutzpolitik in den Karibischen Niederlanden 2020-2030 niedergelegten Politik im Sektor Wasser- und Sanitärversorgung in Bonaire zu unterstützen.
- (7) Nach Artikel 81 des Beschlusses (EU) 2021/1764 ist die Maßnahme im Wege der indirekten Mittelverwaltung durchzuführen.
- (8) In Bezug auf Stellen und Personen, die mit der indirekten Verwaltung von Unionsmitteln betraut sind, hat die Kommission sicherzustellen, dass die finanziellen Interessen der Union in dem in Artikel 154 Absatz 3 der Haushaltsordnung vorgesehenen Maße geschützt werden. Zu diesem Zweck sind die Systeme und Verfahren dieser Stellen und Personen nach Artikel 154 Absatz 4 der Haushaltsordnung⁷ zu bewerten und erforderlichenfalls nach Artikel 154 Absatz 5 der genannten Verordnung geeigneten Aufsichtsmaßnahmen zu unterziehen, bevor eine Beitragsvereinbarung unterzeichnet werden kann.
- (9) Es ist notwendig, die Zahlung von Verzugszinsen gemäß Artikel 116 Absatz 5 der Haushaltsordnung vorzusehen.
- (10) Im Interesse einer flexiblen Durchführung des Aktionsplans sollte festgelegt werden, welche Änderungen für die Zwecke des Artikels 110 Absatz 5 der Haushaltsordnung nicht als substantiell anzusehen sind.
- (11) Der im vorliegenden Beschluss vorgesehene Aktionsplan entspricht der Stellungnahme des Ausschusses nach Artikel 90 des Beschlusses (EU) 2021/1764 —

BESCHLIEßT:

Artikel 1
Der Aktionsplan

Der jährliche Finanzierungsbeschluss, der das im Anhang beschriebene jährliche Programm für die Durchführung des Jahresaktionsplans 2023 für Bonaire darstellt, wird angenommen.

Der Aktionsplan umfasst folgende Maßnahme: Sektorbezogene Budgethilfe für den Sektor Wasser- und Sanitärversorgung in Bonaire (siehe Anhang).

⁶ Beschluss der Kommission zur Annahme der Mehrjahresrichtprogramme für die karibischen überseeischen Länder und Gebiete Bonaire und Curaçao für den Zeitraum 2021-2027 (C(2022) 8320 final vom 21.11.2022).

⁷ Außer in Fällen gemäß Artikel 154 Absatz 6 der Haushaltsordnung, in denen die Kommission beschließen kann, keine Ex-ante-Bewertung zu verlangen.

Artikel 2
Unionsbeitrag

Der Höchstbeitrag der Union für die Durchführung des Aktionsplans für das Jahr 2023 beläuft sich auf 4 600 000 EUR und wird aus Mitteln finanziert, die unter der folgenden Haushaltslinie des Gesamthaushaltsplans der Union eingestellt wurden:

a) Haushaltslinie 14 05 02 00 01: 4 600 000 EUR

Die in Absatz 1 genannten Haushaltsmittel können auch Verzugszinsen abdecken.

Artikel 3
Art des Haushaltsvollzugs und mit dem Vollzug betraute Stellen oder Personen

Die Umsetzung der im Anhang dargelegten Maßnahmen, bei denen die indirekte Mittelverwaltung zur Anwendung kommt, kann Stellen oder Personen anvertraut werden, die unter Nummer 4.4.2 des Anhangs genannt sind oder nach den dort festgelegten Kriterien ausgewählt wurden.

Artikel 4
Flexibilitätsklausel

Mittelaufstockungen oder Mittelkürzungen von bis zu 10 Mio. EUR, die 20 % des in Artikel 2 Absatz 1 genannten Beitrags nicht übersteigen, oder Änderungen⁸ der Mittelzuweisungen für einzelne Maßnahmen, die in der Summe 20 % dieses Beitrags nicht übersteigen, sowie Verlängerungen des Umsetzungszeitraums gelten nicht als substantiell für die Zwecke des Artikels 110 Absatz 5 der Haushaltsordnung, wenn sie sich nicht wesentlich auf die Art und die Ziele der Maßnahmen auswirken.

Der zuständige Anweisungsbefugte kann die in Absatz 1 genannten Änderungen vornehmen. Derartige Änderungen werden im Einklang mit den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung und der Verhältnismäßigkeit vorgenommen.

Brüssel, den 23.11.2023

Für die Kommission
Jutta URPILAINEN
Mitglied der Kommission

⁸ Solche Änderungen können sich beispielsweise daraus ergeben, dass nach der Annahme des Finanzierungsbeschlusses zweckgebundene Einnahmen verfügbar werden.